SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Macht und Ohnmacht der Medien: der Medienkrieg in Syrien und der friedliche Widerstand

Al-Taher, Sarah

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Al-Taher, S. (2013). *Macht und Ohnmacht der Medien: der Medienkrieg in Syrien und der friedliche Widerstand.* (Hintergrund- und Diskussionspapier, 34). Minden: Bund für Soziale Verteidigung e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-342717

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 34 / Juni 2013 ISSN 1439-2011

Macht und Ohnmacht der Medien – Der Medienkrieg in Syrien und der friedliche Widerstand

Sarah Al-Taher

Mit der Stellungnahme des BSV zu dem Beschluss der EU-Außenminister, das Waffenembargo gegen Syrien aufzuheben

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 34
Juni 2013
ISSN 1439-2011
3,00 €

Inhalt

1. Einleitung 5
2. Symbole des friedlichen Widerstands 6
   Rima Dali – "Stop the Killing - 100% Syrian" 6
   Ghiath Matar - Rosen 7
   Die StudentInnen von Aleppo 8
3. Inwiefern ist Berichterstattung in Syrien möglich? 9
   Repression gegen offene Berichterstattung 9
   Die Kehrseite der Internet-Berichterstattung 10
4. Das Informationschaos in Syrien 10
   Homs 11
   Massaker von Aleppo 11
   Die Folgen des Informationschaos 12
5. Kann die Bevölkerung sich in den chaotischen und zugleich lebensbedrohlichen Verhältnissen überhaupt (noch) positionieren? 12
   Der Wandel der Freien Syrischen Armee (FSA) 12
   Der Rückgang des friedlichen Widerstandes 13
6. Die Internationalisierung des (Medien)Krieges 14
7. Das mediale Bild des Lebens in Syrien 15
   Krankenhäuser: Folter statt medizinischer Versorgung? 15
8. Fazit 16

Zur Autorin 18

Stellungnahme des BSV zu dem Beschluss der EU-Außenminister, das Waffenembargo gegen Syrien aufzuheben 19
   Zur Situation in Syrien 20
   Die Eskalationsskala der Intervention 20
   Was jetzt getan werden kann 24

1. Einleitung

Anders als zu Beginn des „syrischen Frühlings“ 2011 ist mittlerweile zumindest in weiten Teilen der internationalen und westlichen Presse kaum noch etwas über friedliche Proteste der syrischen Zivilbevölkerung zu lesen. Demnach stellt sich die Frage, ob dies an einer einseitig motivierten Berichterstattung liegt, ob es durch fehlende Quellen bei gleichzeitiger Überflutung von Informationen verursacht wird, oder ob es tatsächlich an der Abnahme bzw. Nicht-Existenz der friedlichen Bewegungen in Syrien liegt. Anliegen und Ziel des vorliegenden Papiers ist, vor allem letzteres zu widerlegen, denn auch im Angesicht des blutigen Bürgerkrieges setzen sich große Teile der Bevölkerung nach wie vor mit friedlichen Mitteln gegen die Gewalt zu Wehr, für ein freies und friedliches Syrien für alle SyrerInnen (*siehe „100% Syrian“ Kampagne)*[1].

Diesem Anliegen folgend, wurden im Folgenden auch arabische und englische Quellen mit einbezogen. Zwar bedeutet eine noch größere Bandbreite an Information noch mehr Informationsüberflutung, aber gleichzeitig ermöglicht der Zugriff auf solche Quellen (zum großen Teil Internetressourcen) eine viel direktere Informationsbearbeitung. Durch die Anonymität des Netzes entsteht zwar einerseits teilweise Ungewissheit über die Authentizität der Quellen, aber andererseits ermöglicht momentan kein anderes Medium als das Internet eine offenere und ehrlichere Berichterstattung, da dies unter den gegebenen Umständen die einzige Möglichkeit für die syrische Bevölkerung darstellt, zumindest bis zu einem gewissen Grad anonym und somit minimal geschützt zu berichten. Bereits hier zeigen sich die Möglichkeiten des Netzes, aber auch dessen Gefahren. Das Medium des Internets erlaubt, einfach, schnell und anonym Nachrichten zu verbreiten, vor allem in einer Situation, in der eine gängige Berichterstattung über aktuelle Entwicklungen kaum möglich ist, um den Rest der Welt auf dem Laufenden zu halten. Aber ungeachtet dieser Vorteile kommt es durch die Überflutung des Internets mit Informationen auch zu (begründetem) Misstrauen gegenüber den Quellen. Die Authentizität von Informationen kann oft nicht oder nur sehr schwer gewährleistet werden. Problematisch stellt sich auch der Trend dar, dass vielerorts nicht mehr Qualität, sondern Quantität der Nachrichten und Schlagzeilen eine Rolle spielt. Alle Seiten versuchen, so viel Infomaterial wie möglich an die Öffentlichkeit zu bringen, um so die Überhand in der Konfliktdarstellung zu behalten. Dieser enorme Druck, mit der Schnelligkeit und Vielfalt des Internets Schritt zu halten, um das eigene Anliegen nicht von dem internationalen Agenda-setting verschwinden zu lassen, führt dazu, dass teilweise Videos, Fotos und Artikel ins Netz geladen werden, welche nicht der Realität entsprechen oder völlig aus ihrem Zusammenhang gerissen werden. Innerhalb dieses „Medienkrieges“ leidet die Authentizität der Quellen, unter der schieren Masse der Informationen. Zudem gilt auch hier: Je brutaler und schockierender die Aufnahmen sind, desto mehr Beachtung wird ihnen (international) geschenkt.

In Syrien zeigt sich diese Problematik in vollem Maße und muss auch als Ausdruck der herrschenden Verzweiflung gesehen werden. Deshalb sollte man sich fragen, ob die Quellen nicht trotz ihrer nicht hundertprozentigen Überprüfbarkeit beachtet und ernst genommen werden sollten.

Diese Problematik im Hinterkopf, soll im Folgenden auf den anhaltenden friedlichen Widerstand eingegangen werden. Bei den folgenden Beispielen kann davon ausgegangen werden, dass sie die Realität - zumindest bis zu einem gewissen Maß - widerspiegeln, da es sich hier oftmals um Aktionen handelt, welche von den anderen (gegenüberstehenden) Konfliktparteien nicht bestritten werden, teilweise sogar bestätigt wurden. Zum Teil handelt es sich dabei auch um Videoaufnahmen, bei welchen aufgrund der Lokalität und der darauf erkennbarer Personen eindeutig von ihrer „Authentizität“ ausgegangen werden kann. Ein weiteres Indiz für die

[1] Die “Stop the Killing, we want to build a Country for all Syrians- 100% Syrian” Kampagne wurde gegründet, nachdem Rima Dali mit diesem Spruch auf einem Plakat zur Gewaltfreiheit aufrief. Mitverfolgt bzw. unterstützt werden kann diese Kampagne beispielsweise über Facebook (arabisch und englische Version vorhanden). Englische Version: https://www.facebook.com/buildingasyria4all?ref=ts&fref=ts

Glaubwürdigkeit der entsprechenden Internetseiten ist, wie lange die jeweiligen Seiten, Blogs, etc. im Internet zurückverfolgt werden können, also ob sie aus dem „Medienkrieg" heraus, als dessen Produkt, entstanden sind oder bereits davor aktiv waren. Auch das Vertrauen spielt in dieser Hinsicht eine Rolle: Seiten, die man bereits vor dem medialen Bürgerkrieg in Syrien mitverfolgt hat, sind oftmals vertrauenswürdiger.

2. Symbole des friedlichen Widerstands

Auch zwei Jahre nach Beginn des aktiven friedlichen Widerstands in Syrien finden noch gewaltlose Proteste statt. Diese werden in der medialen Berichterstattung oftmals von den grausamen, unmenschlichen Gewaltakten, welche in Syrien mittlerweile an der Tagesordnung sind, überschattet. Gerade deshalb sollte dem friedlichen Widerstand wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auch unter den schrecklichen Bedingungen und Konsequenzen des syrischen Bürgerkrieges, gibt es nach wie vor Menschen, die mit friedlichen Mitteln (verschiedene Aktionen sowie Demonstrationen, Straßentheater, Streiks, etc.) für eine freie syrische Zukunft kämpfen. Im Folgenden soll exemplarisch auf solche Beispiele des friedlichen Wiederstandes eingegangen werden.

Rima Dali – "Stop the Killing - 100% Syrian"

Ein wichtiges Symbol bzw. Gesicht für den anhaltenden friedlichen Widerstand in Syrien ist die 33jährige syrische Aktivistin Rima Dali. Mit einer Aktion im April 2012 startete Rima Dali die Welle der friedlichen *„Stop the Killing – 100 % Syrian*" Proteste in ganz Syrien. Diese Aufforderung irritierte die Regierung zunächst dadurch, dass diese nicht wusste, ob die Proteste pro oder contra Regime seien. Dies zeigt mit dramatischer Ironie die chaotischen Verhältnisse in Syrien: Kaum noch jemand hat noch einen Überblick darüber, wer auf welcher Seite steht, geschweige denn, welche „Seiten" und „Parteien" mit welchen Zielen und Vorstellungen sowie Umsetzungsmechanismen sind. Auch Rima Dalis Reaktion, sie sei auf der Seite Syriens, spiegelt die Lage und Stimmung weiter Teile der Zivilbevölkerung wider. Während sich die Freie Syrische Armee (FSA), unzählige andere gewalttätige Gruppen und das Regime, also auch die Arabische Syrische Armee, erbitterte Kämpfe um Macht liefern, ist es die Zivilbevölkerung, die für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, also eine Zukunft in ihrem Land kämpft.

Als Reaktion auf die eben beschriebenen Vorgänge, welches die Verhaftung Rima Dalis zur Folge hatte[2], wurden die Freitagsdemonstrationen, mit welchen der friedliche syrische Widerstand 2011 in der westlichen Welt im Rahmen des „arabischen Frühlings" bekannt wurden, vermehrt unter dem Motto *„Stop the Killing"* durchgeführt. *„Stop the Killing"* ist mittlerweile eine landesweite Kampagne, welche auch Unterstützung und Solidarität aus dem Ausland, vor allem der internationalen Zivilbevölkerung bekommt. Die friedlichen AktivistInnen stellen eine sehr heterogene Gruppe (unterschiedliche Berufsfelder, Altersgruppen, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit und Religionszugehörigkeit) dar, welche dadurch vereint ist, dass sie sich für eine friedliche Lösung einsetzt, um ein Syrien in Frieden und Freiheit zu schaffen und sich dafür mit den verschiedensten Aktionen engagiert.[3] An dieser Kampagne zeigt sich die Bedeutungslosigkeit, oder zumindest untergeordnete Relevanz, des von Teilen der (internationalen/westlichen) Presse oftmals in den Vordergrund gerückten Überhöhung bzw. Beschreibung des syrischen Bürgerkrieges als einem religiösen oder ethnischen Konflikt. Denn in einem Land, in welchem 74% der Einwohner sunnitisch sind und unter 10 % alawitisch, ist es keine religiöse oder ethnische Diskriminierung, sondern die Logik der Mathematik, dass auch bei den Protesten die Mehrzahl der TeilnehmerInnen Sunniten sind. Auch die Tatsache, dass Assad den Alawiten angehört, ist nur am Rande von Bedeutung: Selbst wenn es in der Presse oftmals

[2] Sie wurde ein paar Monate später wieder freigelassen, aber es folgten weitere Verhaftungen.

[3] Dies kann in kleinem Rahmen unter anderem auf der Facebookseite *„Stop the Killing, we want to build a Syria for all Syrians"* mitverfolgt und unterstützt werden.

so hingestellt wird - und einigen Fällen eventuell so ist -, dass die Bevölkerung sich für die Gewaltakte des Regimes an der alawitischen Bevölkerung rächt, ist dies nur ein vorgeschobener Grund, ein Erklärungsversuch der Medien für unnötige Gewalt oder vielleicht Propaganda des Regimes, um (alawitische) Anhänger zu finden. Von Bedeutung ist, dass in Syrien fast täglich Menschen ihr Leben verlieren, ungeachtet ihrer jeweiligen Religion, wenn überhaupt dann aufgrund politischer Einstellungen. Um den medial konstruierten religiösen Konflikt noch weiter zu entschärfen: Vielerorts haben alawitische SyrerInnen sich bereits zu Beginn der Revolution öffentlich vom Regime distanziert.

Die neueste Aktion von Rima Dali wurde bekannt als die *„Peace Brides"*. Hierbei liefen am 21. November 2012 vier junge Aktivistinnen (Rima Dali, Rowa Jafar, Kinda und Lobna Zaou) in Brautkleidern über den Markt in Damaskus, um gegen die Gewalt und für ein friedliches Syrien für alle SyrerInnen zu demonstrieren. Die vier Frauen wurden umgehend von dem syrischen Regime inhaftiert. Erst zwei Monate später, am 9. Januar 2013, wurden sie entlassen. Als Reaktion auf die Festnahme der vier Frauen wurde die Welle der friedlichen Proteste erneut entfacht: ZivilistInnen gingen (wieder) vermehrt auf die Straße, es wurden Foren (z.B. Facebook, Twitter, Blogs) gegründet und weltweit zeigten Menschen ihre Solidarität mit den Frauen.

Ghiath Matar - Rosen

Eine weitere Person, welche dem friedlichen Widerstand in Syrien ein Gesicht gegeben hat, ist Ghiath Matar. Der 25 jährige gilt als einer der Hauptinitiatoren der friedlichen Proteste und ist auch als „Little Gandhi" bekannt; für viele ist er der erste und einer der wichtigsten Initiatoren für die friedliche Revolution in Syrien überhaupt. So geht auch das Tragen von Rosen als Symbol der Liebe in einem Land, welches in der Gewaltspirale des Bürgerkrieges unterzugehen droht, auf ihn zurück. Ghiath lehnte jegliche Form der Gewalt ab und kämpfte mit friedlichen Mitteln: Während Demonstrationen soll er Wasserflaschen mit Rosen an die Soldaten der Regierung verteilt haben, welche gekommen waren, um die Demonstrationen (gewaltsam) aufzulösen. Er verfolgte damit unter anderem das Ziel, den Soldaten zu zeigen, dass es sich bei den DemonstrantInnen um friedliche ZivilistInnen handelte. Vor allem in Dariyah trug er wesentlich zu den friedlichen Protesten bei, was dazu führte, dass er schnell zu den meist gesuchten Personen (manche sagen sogar, er sei an zweiter Stelle gewesen) des Regimes wurde. Dariyah gilt als Wiege des friedlichen Widerstandes und ist bis heute immer noch ein Hauptzentrum für die friedliche Bewegung – trotz extremer Repressionen. Ghiath hat, wie viele anderen, seinen Einsatz für den Frieden mit seinem Leben bezahlt: Er ist bereits 2011 in der Haft des syrischen Regimes ums Leben gekommen. Seine Leiche zeigte deutliche Spuren von Folter (unter anderem wurde sein Hals und Magen herausgeschnitten).

Ghiath Matar und Rima Dali sind nur zwei der bekannten Beispiele von Menschen, die für den zivilen friedlichen Widerstand in Syrien stehen und ungeachtet der möglichen Folgen dafür kämpfen bzw. gekämpft haben. Gleichzeitig wird auch die enorme Gefahr, welcher sich die friedlichen AktivistInnen aussetzen, deutlich: Obwohl oder gerade weil sie ohne den Einsatz von Gewalt kämpfen, stellen sie ein enormes Risiko für die Regierung dar und zahlen dementsprechend für ihren Widerstand mit ihrer Freiheit, ihrem Leben und dem Leben ihrer Familie und Freunde.

Auch wenn der friedliche Widerstand in Syrien teilweise zurückgegangen ist, muss dies unter den grausamen Umständen, unter denen die syrische Bevölkerung leidet, betrachtet werden; unter anderem sollte auch die Tatsache beachtet werden, dass die syrischen Geheimdienste bereits vor dem Ausbruch der Revolution als die gefährlichsten und brutalsten in der Region galten. Auch bevor es in den westlichen Medien wahrgenommen wurde, waren Entführung, Folter, Terror und Angst an der syrischen Tagesordnung. Diese Maßnahmen wurden im Rahmen des arabischen Frühlings vermehrt eingesetzt. Durch die Kraft des arabischen Frühlings wurden auch in Syrien auf allen Seiten neue Kräfte mobilisiert, was den Konflikt in die (mediale) Öffentlichkeit brachte.

Rima Dali und Ghiath Matar stehen nur exemplarisch für weite Teile der Bevölkerung, die sich trotz der bewussten Gefahr tagtäglich für den friedlichen Kampf gegen Gewalt einsetzen. So werden z.B. (auch in Gedanken an Ghiath Matar) auf den Straßen Rosen mit friedlichen revolutionären Botschaften verteilt. Diese Aktion läuft unter dem Anspruch, dass in Syrien mehr Rosen im Namen der Liebe als auf Trauerfeiern/Beerdigungen für Opfer der Gewalt verteilt werden sollen. Diese und andere Aktionen können teilweise auf verschiedenen Internetplattforen mitverfolgt werden und wurden so der Öffentlichkeit in anderen Ländern zugänglich gemacht. Die „Rosen-Aktion" zeigt Fotos, auf denen Menschen mit einem Lächeln im Gesicht uniformierten Soldaten bzw. Polizisten des syrischen Regimes Rosen in die Hand drücken. Diese Geste der Vergebung und Versöhnung gibt Hoffnung auf Frieden in Syrien.

Die StudentInnen von Aleppo

Ein weiteres aktuelles Beispiel von gewaltfreiem Widerstand in Syrien stellen die friedlichen Proteste als Reaktion auf den Anschlag auf die Universität von Aleppo (15.01.2013) dar. Die StudentInnen der Aleppo Universität sind dem Regime schon seit Beginn der Aufstände in Syrien ein Dorn im Auge. Sie sind für ihre kritische Einstellung gegenüber dem Regime bekannt. Seit Beginn der Aufstände im März 2011 haben die StudentInnen in Aleppo friedlich das Regime bekämpft, was bereits im Mai 2012 zu einer blutigen Niederschlagung der Proteste führte. Es erweckt fast den Anschein, als wolle das Regime den StudentInnen die Möglichkeit zur Bildung erschweren, denn auch die Wohnungsmöglichkeiten an der Uni wurden weitgehend geschlossen bzw. Soldaten als Quartier zur Verfügung gestellt. Dennoch engagieren sich die StudentInnen in Aleppo zum großen Teil weiter friedlich für politische Veränderung und ein Ende der Gewalt in Syrien. Sie setzten auf Bildung anstatt auf Gewalt, in der Hoffnung, eines Tages dieses Wissen für den Wiederaufbau ihres Landes nutzen zu können. Ironischerweise ist der 15. Januar 2013, jener Tag, an welchem der Anschlag auf die Universität in Aleppo verübt wurde, der Tag, an dem die Abschlussprüfungen für die Architekturstudenten stattfinden sollten. Bei dem Massaker, bei dem mehr als 80 Menschen getötet und 160 verletzt wurden, wurden also unter anderem genau diejenigen zur Zielscheibe, die tatsächlich praktisch bei dem Wiederaufbau Syriens gebraucht würden.

Einzelheiten des Massakers sind nach wie vor unklar. Eigentlich befindet sich die Universität in dem Teil Aleppos, welcher nach wie vor vom Regime kontrolliert wird, dennoch schreiben viele Zeugenaussagen sowie Nachrichtenportale den Anschlag dem Assad-Regime zu. Dafür sprechen unter anderem Aufnahmen von Jetfliegern, die die Uni bombardiert haben, denn über solche verfügt eigentlich nur die Regierung. Andere berichten von mehreren Autobomben, was wiederum für einen Angriff der Opposition sprechen könnte. Es ist ein weiteres Beispiel für den (auch medial ausgetragenen) Bürgerkrieg, dass die Bevölkerung, also die faktisch Leidtragenden, meistens völlig in Ungewissheit über die Hintergründe ihres Leidens gelassen werden. Das wiederum verstärkt den Kreislauf aus Angst, Ungewissheit und Gewalt.

Als Reaktion auf dieses Massaker wurden syrienweit, vor allem an Universitäten, friedliche Trauer- und Protestmärsche veranstaltet. Unter anderem wollten die zum großen Teil jungen Menschen damit zeigen, dass sie sich nach wie vor das Recht auf Bildung nicht nehmen lassen wollen. Laut Aussage einiger der StudentInnen wurde die Universität Ziel des Anschlages, weil die syrische Armee als auch die oppositionelle Freie Syrische Armee, sowie zahlreiche andere kleine, vor allem extremistische ausländische, Gruppen sich dadurch erhofften, dass die StudentInnen statt des Wegs der Bildung und des Friedens sich auf die Seite der Gewalt ziehen und sich so für die eigenen Zwecke instrumentalisieren ließen.

An dem Anschlag auf die Universität von Aleppo und die Ungewissheit über seine Urheberschaft zeigt sich, wie wichtig eine direkte (und neutrale, objektive) Berichterstattung wäre. Dies war in Syrien zwar noch nie möglich, jedoch werden die Zensuren immer schärfer und auch die Konsequenzen für die BerichterstatterInnen drastischer.

3. Inwiefern ist Berichterstattung in Syrien möglich?

Die Reaktion der Bevölkerung auf die eben geschilderten Aktionen bzw. Ereignisse, sowie die Aktionen selbst lassen sich (zumindest außerhalb Syriens) oftmals, wenn überhaupt, dann nur über das Internet finden und sind dadurch meistens auch nicht klar und eindeutig zurück verfolgbar. Die starke Nutzung des Internets lässt sich auch, wie bereits erwähnt, durch die Gefahr, welcher sich die AktivistInnen aussetzen, erklären. Durch das Internet gelingt es ihnen zumindest teilweise, anonym zu bleiben und trotzdem darüber zu berichten, was in Syrien geschieht. Dieses Verhalten ist notwendig, da es zum eigenen Schutz beiträgt, aber gleichzeitig wird dadurch die Überprüfbarkeit der Authentizität der Quellen schwieriger. Hier zeigt sich ein weiteres Problem des Medienkrieges: Durch die Gefahr, in welcher sich die JournalistInnen befinden, müssen sie sich zum Selbstschutz in solch einem Maße verstecken, dass sie nicht mehr identifizierbar sind, wodurch der Wahrheitsgehalt ihrer Berichte oft in Zweifel gezogen wird.

Die Bedeutung der BürgerjournalistInnen hat im Rahmen der Revolution erheblich zugenommen. BürgejournalistInnen kommen aus den verschiedensten Berufsfeldern, und haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Widerstand in Syrien aufzunehmen und zu dokumentieren, der Welt zugänglich zu machen und so dem syrischen Volk eine Stimme zu geben. Sie stellen zurzeit eine der wenigen Quelle bzw. Verbindung zwischen Syrien (vor allem des Zivilbevölkerung) und der Außenwelt dar. Sie waren zwar schon lange vor dem Beginn der Revolution 2011 aktiv (die syrische Berichterstattung kannte noch nie Pressefreiheit), doch ihre Bedeutung ist durch die Revolution enorm gewachsen, zumal ausländische JournalistInnen nicht mehr legal einreisen dürfen, bzw. die wenigsten dies aus Sicherheitsgründen noch tun und so kaum noch eine Möglichkeit zur Berichterstattung vor Ort haben.

Die BürgerjournalistInnen wissen, dass sie sich durch ihre Tätigkeit in enorme Gefahr bringen, dennoch gibt es zahlreiche SyrerInnen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Rest der Welt am syrischen Leid teilhaben zu lassen. Mit versteckten Kameras ausgestattet dokumentieren sie die friedlichen Proteste, aber auch die Gewaltakte, welche der Bevölkerung von den verschiedenen Parteien zugefügt werden. Die Videoclips, Blogs, Twitterseiten, Fotos etc. können und sollen zumindest einen kleinen Einblick in das, was in Syrien geschieht, geben. Es haben sich neue Strukturen gebildet: In Kellern versteckt, sammeln sie Material, um es dann an internationale Nachrichtensender zu schicken. Die BürgerjournalistInnen haben sich im Rahmen der Protestbewegung enger zusammengeschlossen und organisiert. Alleine diese engere Vernetzung der AktivistInnen und BürgerjournalistInnen geht mit einer enormen Gefahr einher, da sie sich eigentlich nicht sicher sein können, wem sie vertrauen können und wem nicht. Denn ein weiteres Kennzeichen der aktuellen syrischen Lage ist das Misstrauen, welches durch das Chaos entstanden ist.

Durch ihren strukturellen Zusammenschluss haben sie mehr internationale Aufmerksamkeit auf das Leid der syrischen Bevölkerung lenken können. Dadurch wiederum, so erhofft man sich, könnte langfristig der Druck auf das syrische Regime, bzw. auch andere syrische Gruppierungen, welche Gewalt als Mittel der Politik nutzen, erhöht werden. Des Weiteren kann es auch Schutz für die BürgerjournalistInnen selbst bedeuten, dass auch international wahrgenommen wird, wenn sie verhaftet werden und ihre Freilassung dann auch international gefordert werden kann.

<u>Repression gegen offene Berichterstattung</u>

Die BürgerjournalistInnen sind eines der Hauptangriffsziele des syrischen Regimes, da verhindert werden soll, dass die Gewaltakte, welche an der Bevölkerung ausgeübt werden, an die Öffentlichkeit geraten. Jeder der eine Kamera trägt wird zur Zielscheibe. Der Medienkrieg bedeutet in Syrien auch einen Kampf zwischen Waffen und Kameras.

Eine nicht-regierungskonforme Berichterstattung führt zu massiver Repression; so wurde die Journalistin Shatha Maddad aufgrund eines Facebookposts am 1. November 2012 verhaftet, bei der 22 jährigen Kollegin Fatema Saad hat ein selbst geschriebenes Lied gereicht. An dem Fall der Verhaftung von Shatha Maddad wird deutlich, dass die Sphäre des Internets nicht ausschließlich durch die friedliche Revolution genutzt wird, sondern mehr und mehr auch von Seiten der Regierung instrumentalisiert wird. So finden sich unter den Blogs auch viele die Regierung

unterstützende Seiten. In dem Informationschaos der syrischen Berichterstattung kann oftmals nicht ausgeschlossen werden, dass solche Seiten direkt von der Regierung bzw. den Geheimdiensten kontrolliert bzw. gestaltet werden. Es muss also neben der positiven Seite der Berichterstattung über das Internet auch die negative Seite betrachtet werden. Es zeigt sich hier erneut, dass das Internet zwar einerseits Möglichkeiten eröffnet, aber gleichzeitig Gefahren und Misstrauen mit sich bringt.

Die Kehrseite der Internet-Berichterstattung

Bei allen Vorteilen, welche eine durch das Internet medial vernetzte Welt zu bieten hat, sollte auch die Kehrseite des Informationsüberschusses aufgezeigt werden. Syrien befindet sich in einem doppelten Krieg: im Bürgerkrieg und gleichzeitig in einem Medienkrieg - der Schlacht um Meinungshoheit in den Medien. Es kann zwar in Rückschluss auf die Anfänge der Bewegungen in Syrien (als noch eine mehr oder weniger unabhängige Berichterstattung möglich war), teilweise auf die „Wahrheit" geschlossen werden. Nur stellt sich dann auch die Frage, was ist die „Wahrheit" überhaupt? Gibt es in einem Bürgerkrieg eine „wahre" und somit gerechte Seite? Es ist wohl kaum möglich, in einer Situation, in welcher sich Syrien befindet, einen (medialen) Anspruch auf „Wahrheit" zu erheben.

Was allerdings mit Gewissheit gesagt werden kann, ist, dass die Bevölkerung unter der Gewalt leidet, vertrieben und getötet wird. Es kann auch zweifelsfrei von einer humanitären Katastrophe gesprochen werden. Weiterhin kann nicht bestritten werden, dass die Städte zum Schlachtfeld geworden sind, egal ob es sich um Dokumente zu Propagandazwecken handelt oder nicht. In diesem Zusammenhang spielt es auch keine Rolle, von wem die Gewalt ausgeht, denn Fakt ist, das es Gewalt gibt und diese sollte mit allen (friedlichen) Mitteln gestoppt werden, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Gerade die Gruppen und Individuen, welche friedlich kämpfen, sollten jede mögliche Unterstützung bekommen, die ihnen gegeben werden kann.

4. Das Informationschaos in Syrien

Die aktuelle Situation in Syrien zeichnet sich also vor allem dadurch aus, das kaum jemand sich irgendwelcher Informationen sicher sein kann. So ist es für die Zivilbevölkerung oftmals nicht einmal mehr klar, wem Angriffe, Verhaftungen, Folter, Tötungen, Massaker zugeschrieben werden können - der Regierung in Form der Geheimdienste und der Arabischen Syrischen Armee, der Freien Syrischen Armee oder einer ganz anderen (nationalen oder internationalen) Gruppe (siehe oben beschriebenes Beispiel des Anschlags auf die Universität von Aleppo). Ebenso verhält es sich mit den Medien: Niemand weiß mehr, welchen Quellen getraut werden kann und welchen nicht.[4]

Zudem kann anders als zu Beginn der Revolution kein klar bipolar untermauerter Konflikt mehr erkannt werden, da es mittlerweile mehrere unterschiedlich motivierte, verschiedenen Interessen und Strategien folgende Gruppierungen gibt. Dies erschwert die Situation der Bevölkerung zusätzlich, denn während sich die verschiedenen - zum Großteil gewalttätigen - Gruppen aus verschiedenen Gründen der Machtakkumulation bekämpfen, sind es Teile der (Zivil-)Bevölkerung, die zwischen den verschiedenen Fronten stehen und (friedlich) für ein freies Syrien für alle SyrerInnen unabhängig von Religion, Ethnie, Geschlecht, etc. kämpfen. Es kann also eine Entwicklung von einem bipolaren Konflikt (Regierungsanhänger gegen Regierungsgegner) hin zu einem multipolaren Konflikt ausgemacht werden, in welchen die Bevölkerung zum Leittragenden und zum Spielball der verschiedenen Parteien geworden ist.

[4] Das Vertrauen in die medialen Quellen, beispielsweise Facebook Seiten kann jedoch, laut Aziz Ramadan, einem syrischen Aktivisten, teilweise dadurch verstärken, dass man bestimmte Seiten seit Beginn der aktiven Revolution hinweg beobachtet hat und ihnen somit durch die Kontinuität in der Berichterstattung vertrauen kann. (Quelle: Manuskript seines Vortrags auf der Tagung „Gewaltfrei im Schatten von Gewalt" des BSV im März 2013).

Ein aktuelles Beispiel, welches diese Situation verdeutlicht, ist der Angriff auf Homs am 23. Dezember 2012.

Homs

Es wird darüber spekuliert, ob es am 23.12.2012 in Homs zum Einsatz von chemischen Waffen von Seiten der Regierung auf die Bevölkerung gekommen ist. Unter anderen berichtete auch die Zeitschrift „Foreign Policy" über diesen Einsatz.[5] Es gibt Interviews von Augenzeugen und Ärzten, die bestätigen, dass es sich dabei womöglich um das Giftgas „Agent 15" handelte und mindesten fünf Personen dadurch ums Leben gekommen seien und weitere 100 Personen Störungen des Nervensystems, Blindheit und Lähmung davon getragen hätten. Auch Videoaufnahmen, die auf der provisorisch eingerichteten Krankenstation aufgenommen wurden, sind im Internet zu finden.[6]

Gleichzeitig gibt es viele Äußerungen, dass eben diese Zeugenaufnahmen gestellt seien und es nicht zu einem solchen Angriff, zumindest nicht mit biologischen Waffen, gekommen sei. Doch wer hätte etwas davon, dies vorzutäuschen? Die Freie Syrische Armee, um die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen? Alle Gruppierungen, die den gewaltvollen Widerstand vorantragen wollen, in der Hoffnung, so die friedlichen Widerstandskämpfer endlich auf die Seite der Gewalt zu ziehen? Oder Teile der Zivilbevölkerung, in der Hoffnung dadurch endlich die Unterstützung der westlichen Mächte zu bekommen? (Die US-Regierung hatte den Einsatz von chemischen Waffen als Übertreten einer „roten Linie" bezeichnet, bei dem sie eingreifen würden.) Verschiedene Akteure aus dem Westen, um so eine Invasion zu begründen? Oder sind diese ganzen „Verschwörungstheorien" doch nur der Versuch des Assad-Regimes, von dem tatsächlich durchgeführten Angriff abzulenken und in diesem Zusammenhang zu testen, wie weit man ungehindert gehen kann, ohne mit tatsächlichen Konsequenzen des „Westens" rechnen zu müssen? Kaum jemand weiß, was am 23. Dezember 2012 tatsächlich in Homs geschehen ist.

Diese konfuse Situation, in welcher kaum noch jemand weiß, wer für was steht, haben viele ausländische, unter anderem auch islamistische Gruppierungen ausgenutzt und versuchen nun, in Syrien Einfluss zu nehmen und Ihre Interessen durchzusetzen.

Massaker von Aleppo

Auch das Massaker von Aleppo verdeutlicht den Zustand der Ungewissheit der Bevölkerung. Wie in Homs, kann auch hier nicht gesagt werden, wer für das Massaker verantwortlich ist (was für die Betroffenen auch kaum noch eine Rolle spielt). Am 30. Januar 2013 wurden am bzw. im Fluss ca. 100 Leichen gefunden, die meisten davon wurden vermutlich mit einem Kopfschuss exekutiert und im Anschluss darauf in den Kanal geworfen. Es handelte sich hauptsächlich um Männer zwischen 20 und 40 Jahre, wobei auch Kinder bzw. Jugendliche unter den Opfern sein sollen. Alle Opfer zeigen Spuren von Folterung (entstellte Gesichter, teilweise nicht einmal mehr Augen im Kopf) und waren gefesselt. Solche Geschehnisse sind nach zwei Jahren der Gewaltakte in Syrien schon so „gewöhnlich", dass sie tragischerweise kaum noch Beachtung in den internationalen Medien finden. Hier zeigt sich auch ein weiteres Problem des Medienkrieges: Die entsprechenden Videos müssen immer schockierender werden, um noch Zugang in die internationale Berichterstattung zu finden. Es zählt also nicht mehr unbedingt die Authentizität der Dokumente, sondern ihre Schockwirkung. An dieser alles menschliche verachtenden Tat zeigt sich zusätzlich erneut die Undurchsichtigkeit des syrischen Bürgerkrieges

---

5 http://thecable.foreignpolicy.com/posts/2013/01/15/secret_state_department_cable_chemical_weapons_used_in_syria

6 http://www.youtube.com/watch?v=kuYSYOtbqll&feature=youtu.be

http://www.youtube.com/watch?v=8fm4diz82KQ&feature=youtu.be

http://www.youtube.com/watch?v=ENXXON59XUg&feature=youtu.be

für die Bevölkerung: Das Regime und die Opposition werfen sich diese Tat gegenseitig vor. Während sie damit beschäftigt sind, sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben, ist es die Bevölkerung, die nicht nur erneut der Leidtragende ist und in Ungewissheit lebt, sondern die darin den Verlust jeglicher Wertschätzung für das menschliche Leben erkennen muss, unabhängig welche „Seite" jeweils verantwortlich ist. Für große Teile der Bevölkerung ist es auch völlig bedeutungslos geworden, von wem die Gewalt ausgeht. Sie kämpfen nicht mehr mit einer Partei gegen eine andere, sondern mit dem Frieden gegen die Gewalt und menschenverachtende Grausamkeit, unabhängig von welcher Seite.

Die Folgen des Informationschaos

An der unterschiedlich motivierten Berichterstattung und dem daraus entstehenden Chaos bei gleichzeitigem Informationsüberschuss und Informationsmangel offenbart sich ein Hauptproblem der aktuellen syrischen Berichterstattung: Es ist eigentlich unmöglich, Gewissheit darüber zu haben, welche Fotos, Artikel, Videos etc. zu welchen Zweck, wann von wem an welche Stelle weitergeleitet werden. Aber haben sie vielleicht nicht trotzdem alle ihre Berechtigung?! Denn es kann ja auch i.d.R. nicht ausgeschlossen werden, dass die entsprechenden Dokumente der Realität entsprechen. Ist es in einer Situation des Bürgerkrieges überhaupt möglich, die jeweiligen Quellen auf ihre Authentizität zu überprüfen? Oder tragen nicht alle Informationsquellen, auch wenn sie teilweise zum Zweck der Manipulation entstanden sind, zumindest einen Kern Wahrheit in sich und müssen deshalb dennoch ernst genommen werden? Selbst wenn es sich teilweise um Propaganda handelt, kann dies als ein verzweifelter Akt der Bevölkerung gesehen werden, auf diesem Wege die dringend nötige internationale Aufmerksamkeit und somit Hilfe zu bekommen.

5. Kann die Bevölkerung sich in den chaotischen und zugleich lebensbedrohlichen Verhältnissen überhaupt (noch) positionieren?

Zu Beginn des „syrischen Frühlings" 2011 wurden und konnten weite Teile der Bevölkerung noch grob in zwei entgegengesetzte Pole, Regime-Anhänger und Regime-Gegner, unterteilt werden. Dies ist nach über zwei Jahre nach Ausbruch der Proteste kaum noch möglich. Es gibt mittlerweile unzählige (internationale als auch nationale) Gruppierungen mit den unterschiedlichsten Interessen und Durchsetzungsmechanismen, was erheblich zu den chaotischen und undurchsichtigen Verhältnissen (auch und vor allem in der Medienwelt) beiträgt. Es sollte zudem berücksichtigt werden, was es für die einzelnen Menschen bedeutet, sich in solch einer Situation (politisch) zu positionieren. Denn egal, auf welche „Seite" sie sich stellen, werden sie dadurch zur Zielscheibe einer anderen Seite. Was auf keinem Fall bedeuten soll, dass die syrische Bevölkerung sich zurücklehnt und erwartet, dass die internationale Welt zu ihrer Rettung kommt. Ganz im Gegenteil, viele der AktivistInnen betonen viel eher, dass es ihre Verantwortung als SyrerInnen sei, ihr Land selbst zu verändern.[7]

Nicht nur die Medienlandschaft hat sich verändert, auch die Akteure haben nach zwei Jahren Bürgerkrieg eine Wandlung durchlaufen. Dieser ist vor allem bei der Freien Syrischen Armee (FSA) deutlich zu erkennen.

Der Wandel der Freien Syrischen Armee (FSA)

Der Wandel der Freien Syrischen Armee (FSA) ist einer der Gründe, weshalb die friedlichen Proteste teilweise zurückgehen. Zu Beginn der Revolution war die FSA mit dem Anspruch entstanden, die Zivilbevölkerung bei (friedlichen) Protesten zu schützen, und setzte sich

[7] „Why am I going out when it's really risky? Because it's our country, it's our responsibility to make it better" Cathrine al-Talli, aus http://edition.cnn.com/2013/03/07/world/meast/syrian-revolution-women/index.html

hauptsächlich aus Deserteuren der Arabischen Syrischen Armee zusammen, welche sich geweigert hatten, im Namen der Regierung mit Gewalt auf die (friedlichen) Proteste zu reagieren. Doch zunehmend distanziert sich die Zivilbevölkerung von der Freien Syrischen Armee, da diese zum einen immer mehr zu offensiven Kampfhandlungen übergegangen ist, und zum anderen die Bevölkerung das Vertrauen in die FSA verloren hat. Es spielt für die Zivilbevölkerung oftmals auch keine Rolle mehr, ob es sich um die syrische Armee oder um die FSA handelt. Zudem kommt es auch immer mehr zu Spaltungen innerhalb der FSA. Es gibt keine einheitliche FSA, vielmehr bezeichnen sich mittlerweile viele verschiedene kleine Splittergruppen – einschließlich aus dem Ausland eingesickerter - selbst ernannter Freiheitskämpfer als Freie Syrische Armee. Es kann generell kann eine Spaltung innerhalb der Opposition erkannt werden. Diese erklärt sich durch verschiedene Faktoren: Durch die Zunahme internationaler Einflüsse in den Bürgerkrieg, durch die mittlerweile über zwei Jahre lang anhaltenden Kämpfe in Syrien, durch das Leid und die Verzweiflung der syrischen Bevölkerung und auch durch das beschriebene Informationschaos, das immer mehr Misstrauen und Verwirrung stiftet, was letztlich zu einer immer stärkeren Spaltung innerhalb der Opposition führt.

Es bleibt abzuwarten, ob dies sich durch die neusten Entwicklungen, - die Bildung einer Übergangsregierung der Opposition mit Ghassan Hitto an der Spitze - verändert werden kann.

Auch die internationale Unterstützung bzw. deren Fehlen kann für die Spaltung der Bevölkerung von Bedeutung sein. Aber egal ob es eine Folge der mangelnden internationalen Unterstützung der friedlichen Bewegungen in Syrien ist oder nicht, ist zu beobachten, dass Teile der Bevölkerung sich im Unterschied zu Beginn der Revolution 2011 wieder mehr dem Regime zugeneigt zeigen. Dies ist oftmals jedoch weniger auf Zustimmung zu deren Politik und Maßnahmen zurückzuführen, als vielmehr eine Antwort auf das Chaos, welches in Syrien herrscht. Niemand weiß mehr, wer was auf welchem Weg erreichen will. Deshalb sind Teile der Bevölkerung dem Regime (wieder) mehr zugeneigt, da sie hier zumindest Gewissheit darüber haben, um wen es sich handelt: berechenbarer Terror. In diesem Zusammenhang spielt es auch eine große Rolle, dass weite Teile der syrischen Bevölkerung das Gefühl haben, dass sie zum wiederholten Mal Spielball anderer Nationen und fremder Interessen geworden sind, und dass die Welt tatenlos zuschaut, wie die syrische Bevölkerung vertrieben, gefoltert und getötet wird. Weiten Teilen der Weltgemeinschaft kann nicht nur Passivität vorgeworfen werden, sondern sogar Aktionen, welche die Gewalt unterstützen: So zum Beispiel der Plan Englands und Frankreichs, die gewalttätigen oppositionellen Gruppierungen in Syrien auszubilden. Dies erinnert stark an die Situation in Afghanistan zu Zeiten des Kalten Krieges, als die USA die damals noch positiv gesehenen Mujahedin ausgebildet, mit Waffen unterstützt und finanziert haben, um dann Jahre später einen Krieg gegen genau diese von ihnen organisierten, mittlerweile als Terroristen bezeichnete Gruppen zu führen. Die Geschichte zeigt, dass ein Bürgerkrieg nicht dadurch beendet werden kann, dass mehr Waffen geliefert werden, ganz im Gegenteil, mehr Waffen führen in der Regel zu mehr Gewalt und nicht paradoxerweise zu weniger.

Der Rückgang des friedlichen Widerstandes

Bei der Diskussion um einen Rückgang des friedlichen Widerstands bei einer gleichzeitigen Zunahme des gewaltvollen Kampfes sollte bedacht werden, was es für die Bevölkerung tatsächlich bedeutet, zum aktuellen Zeitpunkt gewaltfrei zu handeln: Viele haben durch Gewalt Freunde, Familie und ihre Heimat verloren. Sie haben teilweise das Gefühl, dass die internationale Welt (vor allem) in Form von China und Russland die Regierung und damit die Gewaltakte ihnen gegenüber unterstützt und legitimiert. Westliche Mächte wie die USA, Deutschland, England und Frankreich bekunden zwar Sympathie gegenüber dem Aufstand bekunden, unterstützen ihn aber nicht (hinreichend, denn die internationalen Maßnahmen in Form von Sanktionen schaden zum größten Teil eher der Bevölkerung als den für die Gewalt Verantwortlichen. Aus dieser Situation der Hilflosigkeit und Verzweiflung finden viele (ausländische) terroristische Gruppierungen Anhänger, welche auch mit Gewalt zu kämpfen bereit sind.

6. Die Internationalisierung des (Medien)Krieges

Das Gefühl, Spielball fremder (machtpolitischer) Interessen zu sein, kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass China und Russland das Assad-Regime finanziell sowie mit Waffenlieferungen unterstützen und im Rahmen der Vereinten Nationen immer wieder Gebrauch von ihrem Veto machen, wenn es um Interventionen oder andere Maßnahmen gegen das Regime geht. Dass Russland in diesem Zusammenhang einer ganz bestimmten Assad-Regime treuen Linie folgt[8] und auch nicht davor zurückschreckt, diese (mehr oder weniger glaubwürdig) in der (russischen) Öffentlichkeit zu vertreten, dokumentiert auch die Reportage „Schlacht um Syrien - Reportage von der Front" des staatlich russischen Fernsehsenders WGTRK.[9] Schon allein die Tatsache, dass Syrien seit 2011 nur ausnahmsweise Visa für internationale Journalisten ausstellt und die russischen Reporter dennoch die syrische Armee „begleiten" durften, spricht dafür, dass das Assad-Regime Interesse an dieser Reportage hatte und es sich um einen Propaganda Film handelt. In der Reportage werden die Soldaten der syrischen Armee als „Befreier" und „Helden des Volkes" bezeichnet und dargestellt. Wobei auch diese gewollte positive Darstellung nicht sehr glaubhaft funktioniert, da trotz der durchgehend positiven Worte des Reporters die gefilmten Taten für sich sprechen. Außerdem erscheint die Formulierung „Befreier" bereits insofern merkwürdig, als dass die Revolution zumindest am Anfang eindeutig gegen das Regime (und somit auch gegen die syrische Armee) gerichtet war. Auch der Schlusssatz der Reportage, dass es nur mit Assad an der Macht zum Frieden kommen könne, wirkt unbeabsichtigt selbstironisch, nachdem die Armee 20 Minuten lang bei Gewaltakten (ungeachtet der Tatsache, dass diese zwar positiv verstanden werden sollten) gefilmt wurde. Die Aussage spiegelt eindeutig die Wunschpolitik des Kremls wieder, von wo aus der entsprechende Sender gesteuert wird.

Der Medienkrieg findet also nicht nur innerhalb Syriens statt, sondern wird ganz bewusst auch von den ausländischen Mächten je nach machtpolitischem Interesse gesteuert. Das Gegenstück zu dieser russischen Pro-Regime Politik kann beispielsweise in Frankreich und England ausgemacht werden: Beide positionieren sich klar auf Seiten der verschiedenen syrischen Oppositionellen und planen die Unterstützung der syrischen Opposition mit finanziellen Mitteln, als auch mit Waffenlieferungen, was sie Ende Mai 2013 auch in der EU durchsetzten.[10] Neuerdings steht (zumindest bestimmten Medien zur Folge) auch zur Diskussion, in Syrien bzw. an den Grenzregionen zu Syrien Ausbildungslager für oppositionelle Kämpfer einzurichten.[11] Es gestaltet sich schwierig, dies anders zu interpretieren als den Wunsch, den Konflikt (aus welchen Gründen auch immer) um jeden Preis am Laufen zu halten. Das Verheerende an diesen Maßnahmen ist, dass gerade auch die Länder, welche den Konflikt weiter mit Waffen füttern, sich auf der anderen Seite weigern, den Leidtragenden (der syrischen Bevölkerung) Asyl zu gewähren. Die Grenzen nach Europa bleiben nach wie vor für syrische Flüchtlinge geschlossen, während zugeschaut wird, wie kleine Länder wie Jordanien (gerade mal über sechs Millionen Einwohner) täglich mehrere 100 Flüchtlinge (teilweise bis zu 1.000 pro Nacht) aufnehmen. Seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits knapp 400.000 Flüchtlinge alleine nach Jordanien geflohen.[12] (Da es sich hier um offizielle Zahlen

[8] In diesem Zusammenhang sollte an die finanziellen Vorteile für Russland gedacht werden, welche sie durch Waffenlieferungsabkommen mit dem Assad-Regime erhalten.

[9] Die Reportage der WGTRK wurde im September 2012 auf Rossija und im Internet auf Vesti.ru publiziert bzw. ausgestrahlt.

[10] http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/redaktion/-auch-ohne-zustimmung-der-eu-frankreich-und-england-wollen-syrische-rebellen-trotz-des-embargos-mi.html

[11] Laut der türkischen Tageszeitung Milliyet befinden sich solche Ausbildungslager bereits in den türkischen Provinzen Hatay und Tripoli.

[12] http://data.unhcr.org/syrianrefugees/country.php?id=107

handelt, ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer um einiges höher ist.) Die Kapazitäten (personell, finanziell und räumlich) für solche Massen sind in Jordanien nicht vorhanden, was zu einer humanitären Katastrophe in den Flüchtlingslagern führt und früher oder später in Jordanien zu erheblichen politischen Problem führen kann. An der Situation der syrischen Flüchtlinge zeigt sich, dass Teile der westlichen Welt einen Krieg mitfinanzieren und unterstützen, aber gleichzeitig keine Verantwortung für die dramatischen Konsequenzen übernehmen. Aber auch Teile der syrischen Nachbarländer sind in den syrischen Bürgerkrieg als auch in den dortigen Medienkrieg verwickelt. So liefert beispielsweise Saudi-Arabien Waffen an die oppositionellen Kräfte in Syrien. Auch andere Länder wie die Türkei und Libyen sind in den Konflikt involviert, und einzelne terroristische Gruppierungen aus diesen Ländern versuchen ihre Interessen im Chaos des Syrischen Bürgerkrieges durchzusetzen.

7. Das mediale Bild des Lebens in Syrien

Dass ein „normales" Leben in Syrien schon lange nicht mehr möglich ist, versteht sich von selbst und wird auch in der Medienlandschaft so dargestellt. Dennoch soll im Folgenden auf ein paar Einzelheiten, welche die unmenschlichen Verhältnisse, in welchen die syrische Bevölkerung (über)lebt eingegangen werden, um diese zu verdeutlichen. An den folgenden Beispielen wird erneut das Problem der objektiven Berichterstattung deutlich, die Dringlichkeit, eine Lösung des Konfliktes zu finden und unter welchen Umständen weite Teile der Bevölkerung nach wie vor mit friedlichen Mitteln kämpfen.

Krankenhäuser: Folter statt medizinischer Versorgung?

Ein Krankenhaus sollte ein Ort der Sicherheit sein, in welchem Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, politischer Einstellung etc. behandelt werden. In Syrien ist diese eigentlich vorausgesetzte Normalität nicht vorhanden: Verletzte, die ins Krankenhaus gehen, werden (sofern sie zu Regimegegnern gehören bzw. als solche gesehen werden, also oftmals auch friedlich Protestierende) dort – nach Zeugenaussagen, sowie heimlich gefilmten Videos- oftmals nicht nur nicht behandelt, sondern gefoltert, getötet, entführt oder in Gefangenschaft gebracht. Die Brutalität gegenüber der Bevölkerung und das völlige Ausgeliefertsein der Bevölkerung werden deutlich. Denn selbst das Vertrauensverhältnis zwischen medizinischem Personal und Patienten ist zumindest in den staatlichen militärischen Krankenhäusern nicht mehr vorhanden. Auch Amnesty International geht davon aus, dass die Berichte bzw. heimlich gefilmten Aufnahmen, die dies bezeugen, der Realität entsprechen.[13] Die Hilfe suchenden Patienten werden, Augenzeugenberichten zu Folge, mit Ketten ans Bett gefesselt, geschlagen, ihre Knochen gebrochen und ihnen die nötigen Behandlungen verweigert. Teilweise soll es in manchen Krankenhäusern sogar extra zu diesem Zweck eingerichtete Folterräume geben. Ein heimlich aufgenommener Film[14] zeigt Patienten mit verbundenen Augen und mit Ketten gefesselt, die starke Spuren von Folterung (Schläge, Stromschläge, etc.) aufweisen. Auf dem Film werden teilweise auch die Folterinstrumente gezeigt. Es sind nicht unbedingt in erster Linie die Ärzte, welche die Patienten foltern, doch jede Schussverletzung muss umgehend bei den Behörden gemeldet werden, woraufhin sofort Polizei und andere Sicherheitskräfte des Regimes vor Ort sind. Dies ist problematisch, da es sich bei den durch Schüsse Verletzten oftmals um TeilnehmerInnen an Protesten gegen das Regime handelt, und diese entsprechend als Regimefeinde klassifiziert werden. Selbst wenn die Ärzte zum Schutz der Patienten diese nicht melden würden, müssen sie dies oftmals schon alleine deshalb tun, da die Blutkonserven von den Behörden kontrolliert werden, man an diese also nur über diesen Weg kommen kann.

[13] http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE24/059/2011/en/74190b0e-cbc4-4596-91fc-eb89863362d8/mde240592011en.pdf

[14] http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/foreign-affairs-defense/syria-undercover/rare-video-evidence-of-torture-in-syrian-hospitals/

Vielerorts wurden, um den möglicherweise tödlichen Besuch im Krankenhaus zu vermeiden, notdürftige Lazaretts in Kellern oder anderen versteckten Räumen aufgebaut. Doch diese oftmals von MedizinstudentInnen betreuten Einrichtungen verfügen kaum über die Mittel zur lebensrettenden Behandlung. Dies hat zum einen die Konsequenz, dass die Verletzten riskieren, beispielsweise Arme oder Beine zu verlieren. Die zweite Konsequenz ist, dass die in den „Lazaretten" arbeitenden Menschen neben den BürgerjournalistInnen zu den gefährdetsten Gruppen in Syrien gehören.

Allerdings muss auch an dieser Stelle betont werden, dass es auch in Bezug auf dieses Thema Stimmen im Netz gibt, die behaupten, dass dies alles (einschließlich der Filme und Bilder) Anti-Regime Propaganda und gefälscht sei. Auch an diesem Beispiel zeigt sich die Problematik des medial ausgetragenen Krieges: Einerseits können die Berichte über die Grausamkeiten in den Krankenhäusern nicht hundertprozentig bestätigt werden, zeugen andererseits aber von solcher Brutalität, dass sie trotzdem ernst genommen werden müssen, da ihre Authentizität eben auch nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden kann.

8. Fazit

Es wurde gezeigt, wie schwer bzw. zum aktuellen Zeitpunkt fast unmöglich es ist, klare Aussagen zur Situation in Syrien zu machen. Die dramatischen Verhältnisse in Syrien werden durch deren nationale sowie internationale mediale Austragung verstärkt. Der syrische Medienkrieg wird längst nicht mehr nur innerhalb Syriens ausgetragen, sondern weltweit. Eine weitere Folge des Medienkrieges ist, dass der friedliche Widerstand in den Medien immer mehr in den Hintergrund gerät, vielleicht da es oftmals „sicherer" erschient, gar nichts zu berichten als mögliche Unwahrheiten. Zusätzlich werden die Berichte über den anhaltenden friedlichen Widerstand von humanitären Katastrophen in Syrien überschattet, denn eine Nebenwirkung des Medienkrieges besteht darin, dass, je schockierender die Berichte sind, desto stärker ihre Präsenz in den Medien ist. Es steht außer Frage, dass diese auch unbedingt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, dennoch sollte auch der (immer noch präsente) friedliche Widerstand wieder mehr Aufmerksamkeit in den Medien bekommen. Die internationale Presse sollte ihren Fokus verstärkt auf zivile Kampagnen, friedliche Proteste und Veranstaltungen und Konferenzen von neu entstehenden friedlich ausgerichtet Gruppierungen richten, die eventuell zu bedeutenden zivilen gesellschaftlichen Organisationen werden könnten, wenn sie genug Beachtung aus dem Inland, aber auch aus dem Ausland bekommen würden. An dieser Stelle sollte daran erinnert werden, dass die aktuelle Situation in Syrien vielleicht zu Beginn der Revolution hätte entschärft werden können, wenn die zivile Bewegung damals mehr Unterstützung bekommen hätten. Eine solche (friedliche) Chance, einen Schritt in Richtung Frieden zu gehen sollte nicht noch einmal versäumt werden. Des Weiteren sollte die starke und herausragende Rolle der Frauen in der syrischen Revolution deutlicher gezeigt werden.

Wenn der Rückgang des gewaltfreien Widerstandes kritisiert wird, sollte außerdem bedacht werden, das dieses Bild des schwindenden friedlichen Widerstandes teilweise nur durch die Medien (bewusst oder unbewusst) aufgebaut wird und es sollte vor allem dabei nicht vergessen werden, welcher Kraft und inneren Stärke es von den Einzelnen bedarf, um unter ständiger Lebensgefahr und umringt von Gewalt und Chaos friedlich zu kämpfen. Und gerade weil es trotz all dem noch immer zahlreiche Anzeichen für andauernden friedlichen Widerstand gibt, verdient dieser es, unterstützt zu werden, vor allem von denen, die in der Gewaltfreiheit (berechtigterweise) die einzige Möglichkeit zur andauernden Konfliktlösung sehen. Vor allem da es auch Hilfeleistungen gibt, welche unabhängig vom fragwürdigen Wahrheitsgehalt der Medien sind, z.B. humanitäre Hilfe in Flüchtlingslagern. Neben medizinischer Hilfe und der Unterstützung mit Nahrungsmitteln sollte hier vor allem die Möglichkeit auf Bildung gewährleistet werden.

Etwas über die aktuelle Situation in Syrien aussagen zu wollen, gestaltet sich, wie der vorliegende Artikel gezeigt hat, äußerst schwierig, da es eben kaum möglich ist bzw. unverantwortlich ist, Anspruch darauf zu erheben, zu wissen, was in Syrien tatsächlich passiert.

Doch ohne Zweifel hat die Situation in Syrien schon lange solche Dimensionen der Unmenschlichkeit erreicht hat, dass es eigentlich nicht mehr möglich sein sollte, mit Verweis auf die verwirrende Informationslage tatenlos zuzuschauen.

Das Zählen von Todesopfern ist zum einen unmöglich, zum anderen auch sinnlos, denn nach über zwei Jahren Krieg in Syrien ist die Zahl der Toten so hoch (70.000 nach Angaben der Vereinten Nationen), dass dieses Ausmaß an Unmenschlichkeit die Fähigkeiten der menschlichen Vorstellungskraft sprengt. Neben 70.000 Toten hat eine Millionen Menschen ihre Heimat verloren und lebt in verschiedenen Flüchtlingslagern in den angrenzenden Ländern, welche zum großen Teil finanziell sowie personell völlig überfordert mit der Menge an Flüchtlingen sind. Dazu kommen noch die innersyrischen Flüchtlinge. Der Kriegszustand ist für viele Kinder so sehr zum Alltag geworden, dass sie in den Trümmern spielen und sich nicht einmal mehr von Gefechten unmittelbar neben sich aufschrecken lassen. Gerade die Tatsache, dass der Krieg in Syrien mit seinen täglichen Todesopfern, Flüchtlingen und Verletzten mittlerweile so „alltäglich" geworden ist, sollte zu denken geben. Es offenbart die Tatsache einer verdrehten Weltordnung, in welchen solche humanitären Katastrophen über zwei Jahre hingenommen werden, ohne tatsächlich aktiv etwas dagegen zu unternehmen.

Zur Autorin

Sarah Al-Taher studiert Philosophie (MA) an der Universität Erfurt, das BA Studium hat sie in Staatswissenschaften an der Universität Passau abgeschlossen. Der Artikel ist im Rahmen ihres Praktikums bei Bund für Soziale Verteidigung entstanden.

Der Text wurde Mai 2013 abgeschlossen.

Stellungnahme des BSV zu dem Beschluss der EU-Außenminister, das Waffenembargo gegen Syrien aufzuheben

Syrien braucht ehrliche Makler, nicht noch mehr Waffen

Minden, 28. Mai 2013

Der Bund für Soziale Verteidigung verurteilt die Entscheidung der EU-Außenminister, auf Drängen Frankreichs und Großbritanniens das Ende Mai auslaufende Waffenembargo gegen Syrien aufzuheben.

In der Nacht des 27. Mai 2013 haben die Außenminister entschieden, es den Mitgliedsländern der EU zu überlassen, ob sie Waffen und andere militärische Ausrüstung an die Syrian National Coalition liefern wollen, sofern diese „dem Schutz von Zivilisten" dienten. Jede Lieferung solle auf einer Einzelfallbasis entschieden werden.[15] Die anderen Sanktionen bleiben für ein weiteres Jahr bestehen.

Wir haben diese Entscheidung mit Entsetzen vernommen. Das letzte, was Syrien braucht, sind noch mehr Waffen. Schon jetzt fließen Waffen aus vielen Ländern nach Syrien und in die Hände unzähliger Milizen und bewaffneter Gruppen. Die Entscheidung, eine Bewaffnung der Opposition zuzulassen, wird dreierlei bewirken: Zum einen werden schlicht mit diesen Waffen noch mehr Menschen getötet oder verwundet werden und die Zahl der Opfer weiter in die Höhe gehen. Zum zweiten ist es eine Illusion, zu meinen, wie es die EU anscheinend tut, dass es gelingen würde, diese Waffen den „gemäßigten" Kräften der Freien Syrischen Armee, nicht den extremistischeren Splittergruppen zukommen zu lassen. Die FSA ist zutiefst gespalten und zersplittert. Weder ist sie eine einheitliche Armee – die in der Türkei sitzenden Kommandeure haben kaum Kontrolle über die verschiedenen Grüppchen, die unter dem Namen der FSA in Syrien operieren -, noch geht es bei ihren Operationen mehr um den „Schutz der Zivilbevölkerung". Die Liste der von oppositionellen Kämpfern begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen steht inzwischen kaum mehr der des Regimes nach, und es ist kaum auszumachen, nicht einmal von den Menschen vor Ort, wer welcher bewaffneten Gruppe angehört.[16] Und zum dritten vertieft allein die Entscheidung, selbst falls nicht sofort Waffen tatsächlich geliefert werden sollten, den Graben zwischen den Ländern, die das Assad-Regime unterstützen und denen, die sich auf Seiten der Opposition gestellt haben, was eine Vermittlung in dem Konflikt weiter kompliziert. Zu behaupten, wie es die Befürworter der Waffenlieferungen tun, dass dies den Druck auf das Assad-Regime erhöhen und dadurch die Verhandlungen wahrscheinlicher machen würde, ist entweder blauäugig oder eine bewusste Täuschung.[17]

Alle Seiten im Konflikt sind inzwischen von ausländischer Unterstützung abhängig. Je mehr das gilt, umso mehr liegt auch die Verantwortung und der Schlüssel zur Beendigung der Gewalt im Ausland. Deshalb fordern wir von der internationalen Gemeinschaft, alles zu unterlassen, was den Konflikt weiter anheizt, insbesondere die Kriegsparteien mit noch mehr Waffen

[15] Council of the European Union, Council declaration on Syria, 3241st Foreign Affairs Council Meeting, 27 May 2013, www.

[16] Darauf wies Human Rights Watch schon 2012 hin: Human Rights Watch (2012) Syria: Armed Opposition Groups Committing Abuses. End Kidnappings, Forced Confessions, and Executions. March 20, 2012

[17] Sogar der European External Action Service (EEAS) hatten vor einer Lockerung gewarnt, weil sie fürchteten, dass dies die Chancen auf die angedachte Friedenskonferenz in Genf beschädigen könnte. http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22677599

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:
www.jahalin.net
www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.streitschlichtungskongress.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce

auszustatten, und stattdessen als „ehrliche Makler" die Parteien dazu zu bewegen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

Zur Situation in Syrien

Die Lage in Syrien wird immer verzweifelter. Seit Beginn des Aufstandes in Syrien im März 2011 sind nach Zahlen der Vereinten Nationen mehr als 70.000 Menschen getötet worden[18], manche Quellen sprechen schon von über 80.000 Opfern. Die Kämpfe in Syrien lassen nicht nach; Homs, Aleppo, jetzt Qusair stehen für unzählige Tote und Vertriebene und für Zerstörung von Wohnraum, Hab und Gut und unersetzbarem kulturellem Erbe. Gleichzeitig wächst die Gefahr eines regionalen Konfliktes, in den die Nachbarländer Syriens immer weiter hineingezogen werden. Jüngst explodierten zwei Raketen in Beirut, und die libanesische Hizbollah kündigte an, auf der Seite des Regimes in Syrien kämpfen zu wollen.[19] Die israelische Luftwaffe hat schon mehrfach Angriffe auf Syrien geflogen, die Türkei dient als Umschlagplatz für Waffenlieferungen und Rückzugsraum der Rebellen, Jordanien hat wie der Libanon Hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen, der Iran, selbst Objekt strenger internationaler Sanktionen wegen seiner umstrittenen Atompolitik, unterstützt das Assad-Regime mit Waffen und wohl auch mit Kämpfern, und auch aus dem von einer neuen Anschlagswelle heimgesuchten Irak sollen schiitische Kämpfer nach Syrien gekommen sein.

Nach Einschätzung von OCHA[20] benötigt rund ein Drittel der syrischen Bevölkerung, 8,3 Mio. Menschen, dringende humanitäre Hilfe[21]. Davon sind rund 50% oder 3,1 Millionen (!) Kinder. Die Zahl der intern Vertriebenen wird auf 4,24 Mio. geschätzt. Die Zahl der Flüchtlinge, also jenen, die die Landesgrenzen passiert haben, liegt nach neuen Zahlen der UN bei 1,5 Millionen[22], davon 500.000 im Libanon und 500.000 in Jordanien.

Einen schwachen Hoffnungsschimmer stellt dar, dass sich Russland und die USA Anfang Mai auf die Einberufung einer Friedenskonferenz nach Genf verständigt haben, die auch von den Vereinten Nationen begrüßt wurde. Ob es zu dieser Konferenz aber tatsächlich kommt oder ob sie schon im Vorfeld an den unterschiedlichen Positionen und Vorbedingungen der Kriegsparteien scheitert, ist im Moment offen.

Im Folgenden sollen zuerst die verschiedenen Formen der internationalen Intervention in den Bürgerkrieg beschrieben werden, und daran anschließend einige Vorschläge skizziert werden, was in der derzeitigen Situation sinnvoll unternommen werden kann, um diesen Krieg zu beenden.

Die Eskalationsskala der Intervention

Direktes militärisches Eingreifen

Im Update des Syrien-Dossiers des Monitoring-Projektes Zivile Konfliktbearbeitung der Kooperation für den Frieden[23] beschrieben wir bereits im August 2012, dass es im Grunde keine Frage mehr sei, ob in diesen Bürgerkrieg mit militärischen Mitteln eingegriffen werde – die Frage sei lediglich, ob auch die NATO oder eine „Koalition der Willigen" aus dem globalen Norden sich an ihr beteiligen werde. Diese Frage ist immer noch nicht beantwortet. Zwar ist deutlich, dass der Westen zögert, zu diesem Mittel zu greifen, aber es ist leicht vorstellbar, dass sich dies

[18] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44960&Cr=syria&Cr1=#.UZyOhaLIb7U

[19] http://www.spiegel.de/politik/ausland/raketenangriff-auf-beirut-der-syrische-krieg-im-libanon-a-901983.html.

[20] OCHA (2013) Humanitarian Bulletin. Syria, Issue 24, 23 April – 6 May

[21] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44960&Cr=syria&Cr1=#.UZyOhaLIb7U

[22] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44934&Cr=syria&Cr1=#

[23] Schweitzer, Christine mit Buro, Andreas (2012) Aktualisierung zum Dossier V - Der Syrienkonflikt, Ende August 2012, Monitoring Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention, Hrsg. Kooperation für den Frieden.

ändert. Mindestens zwei (nicht inkompatible) Szenarien sind denkbar: Das erste ist, dass – ähnlich wie 1993/4 in den USA im Falle des Krieges in Bosnien-Herzegowina – der öffentliche Druck so stark wird, dass sich die Politik zum Handeln gezwungen fühlt. In den Medien in vielen westlichen Ländern wird inzwischen vehement für eine Militärintervention plädiert[24]; obschon dies – noch - kein großes Echo in der breiteren Bevölkerung zu wecken scheint. Das könnte sich ändern, falls z.B. große Massaker, u.U. unter unzweifelhaftem Einsatz von Giftgas durch die Regierung Assad, passieren.[25] Das zweite mögliche Szenario wäre eine weitere Eskalation vor Ort, besonders, falls Nachbarländer Syriens in den Konflikt mit hineingezogen werden oder Israel attackiert wird, so dass aus Sicht der militärgestützten Realpolitik eine Intervention als das kleinere Übel erscheint.

Die USA, die noch Mitte letzten Jahres mit direktem Eingreifen in dem Falle gedroht hatten, dass Giftgas eingesetzt werde, verhalten sich im Moment, wo dem Regime vorgeworfen wird, Giftgas gegen die Aufständischen eingesetzt zu haben, sehr vorsichtig und forderten lediglich eine umfassende Untersuchung durch die UN.[26] Auch Frankreich, das noch 2011 der Hauptakteur der Militärintervention in Libyen und Anfang diesen Jahres in Mali war, scheint seiner durchaus kriegerischen Rhetorik, die bis hin zu Drohungen reichte, notfalls auch unilateral einzugreifen, keine Taten folgen lassen zu wollen.

Eine Militärintervention findet aber bereits statt – Hunderte von Kämpfern aus arabischen Staaten sollen seit 2012 im Lande sein, um die Aufständischen zu unterstützen; genaue Zahlen sind unbekannt.[27] Auf der anderen Seite kommen auch immer mehr Milizen ins Land, um das Assad-Regime zu unterstützen: Mitte Mai 2013 waren Meldungen zu lesen, dass schiitische Kämpfer aus dem Irak nach Syrien kämen, und die Hizbollah aus dem Libanon kündigte ebenfalls an, in Syrien kämpfen zu wollen.[28]

Etwas anders sind die Angriffe Israels motiviert. Israel ist zwar mit dem Assad-Regime verfeindet – der Kriegszustand wurde nie offiziell beendet - aber es dürfte angesichts der Vielzahl extremistischer islamistischer Gruppen im Land Zweifel haben, ob ein Sieg der Aufständischen Israels Sicherheitslage wirklich verbessern würde. Bei den Luftangriffen Israels und den Schusswechseln auf den Golan-Höhen Mitte Mai 2013 ging es darum, Waffenlieferungen an die libanesische Hizbollah, die vom Assad-Regime unterstützt wird, zu verhindern.[29]

Militärhilfe für die Konfliktparteien

[24] Siehe das neue Papier von Jürgen Wagner: Wagner, Jürgen (2013) Syrien: Auftritt der Kriegstreiber. IMI-Standpunkt 2013/018 (30.4.2013), Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., www.imi-online.de.

[25] Es scheint inzwischen schon mindestens drei Male Giftgas eingesetzt worden zu sein, es ist aber unklar, ob die Regierung oder die Rebellen dafür verantwortlich sind. Dass Berichte über Massaker dabei nützen können, die ‚internationale Gemeinschaft' zum Eingreifen zu bewegen, haben inzwischen auch die syrischen Rebellen – wie vor ihnen die Kosovarische UCK und die bosnische und kroatische Regierung in den 1990er Jahren – gelernt. Der Mainzer Orientforscher Prof. Günter Meyer sprach jüngst von einer „Strategie des Massaker-Marketings", die die Aufständischen betreiben würden. (Syrien-Experte: „Giftgas-Einsatz nützt Aufständischen", schwäbische.de, 01.05.2013**,** http://www.schwaebische.de, [Zugriff: 12.05.2013]

[26] Siehe auch Wagner 2013 a.a.O.

[27] Siehe z.B. Asseburg, Murel und Wimmen, Heiko (2012) Syrien im Bürgerkrieg. Externe Akteure und Interessen als Treiber des Konfliktes. SWP Aktuell 68, November 2012, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik; Rod Nordland, 'Al Qaeda Taking Deadly New Role in Syria's Conflict'. *New York Times* 24.7.2012. http://www.nytimes.com/2012/07/25/world/middleeast/al-qaeda-insinuating-its-way-into-syrias-conflict.html?_r=1&pagewanted=all; Murad Batal al-Shishani, 'Syria conflict: Jihadists' role growing'. *BBC*, 2 August 2012. http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-19091400.

[28] http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22594072; http://www.spiegel.de/politik/ausland/raketenangriff-auf-beirut-der-syrische-krieg-im-libanon-a-901983.html.

[29] http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-05/syrien-israel-gefecht

Die derzeit bevorzugte Form der Militärintervention ist aber nicht die mit Bombern oder Truppen, sondern die Bewaffnung der Konfliktparteien, deren Ausbildung und logistische Unterstützung. Sie hat bereits gegen Ende 2011 eingesetzt. Besonders Saudi-Arabien, Katar und die Türkei sind hier aktiv, wobei genaue Zahlen über das Volumen solcher Hilfe nicht bekannt sind. Auch der CIA mischt mit: Es sollen CIA-Beamte im Einsatz sein, die in Syrien operieren und versuchen, dafür zu sorgen, dass die Waffen „in die richtigen Hände", d.h. nicht in die Hände extremistischer islamischer Gruppen wie Al Kaida, gelangen. Und Anfang April 2013 kündigten mehrere westliche Staaten an, dass sie Millionen Dollar in sog. „nicht-tödliche" Hilfe investieren würden, worunter auch Kommunikations– und Aufklärungshilfe über Truppenbewegungen und dergleichen gehört.[30] Die USA haben laut Spiegel Online vom 21.4.2013 bereits 117 Mio. USD bereitgestellt und geben jetzt weitere 250 Mio.

In der Nacht des 27. Mai 2013 haben die EU-Außenminister auf Drängen Frankreichs und Großbritanniens und nach einer kontroversen Diskussion entschieden, es den Mitgliedsländern der EU zu überlassen, ob sie Waffen und andere militärische Ausrüstung an die Syrian National Coalition liefern wollen, sofern diese „dem Schutz von Zivilisten" dienten. Jede Lieferung solle auf einer Einzelfallbasis entschieden werden.[31] Die anderen Sanktionen bleiben für ein weiteres Jahr bestehen. Etliche EU-Mitgliedsstaaten – leider nicht Deutschland – hatten sich diesem Beschluss vehement widersetzt, unterlagen aber schließlich, weil eine Nicht-Einigung bedeutet hätte, dass das Waffenembargo auf jeden Fall ausgelaufen wäre.

Dass solche Form der Waffenhilfe für Rebellen gegen internationales Recht verstößt, scheint dabei kaum jemand zu stören.[32]

Auf der anderen Seite unterstützen der Iran[33] und Russland[34] trotz aller Appelle der Vereinten Nationen das Assad-Regime. Im Moment im Gespräch ist ein Upgrade eines Luftabwehrsystems (S-300) durch Russland, das Flugzeuge in einer Reichweite bis zu 200 km abschießen kann.[35]

Zivile Sanktionen

Sanktionen gegen Syrien gibt es schon seit Mitte der 2000er von Seiten der USA und der EU im Zusammenhang mit Vorwürfen, Syrien fördere den „internationalen Terrorismus" und hindere Militante nicht daran, in den Irak zu fahren, sowie konkreter der Vorwurf, für den Mord an dem libanesischen Ex-Premierminister Rafik Hariri verantwortlich zu sein.

Die heutige Welle der Sanktionen begann 2011 mit dem Aufstand in Syrien. Die EU verhängte die ersten Sanktionen bereits am 10. Mai 2011; sie wurden seitdem mehrfach verschärft. Heute umfassen sie u.a. Rohöl und Erdölerzeugnisse, Ausrüstung für die Öl-/Gasindustrie[36], Finanzdienstleistungen, Luxusgüter, Gold, Edelmetalle, Diamanten, Banknoten, Münzen,

---

[30] http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22594072

[31] Council of the European Union, Council declaration on Syria, 3241st Foreign Affairs Council Meeting, 27 May 2013,

[32] Siehe Thielbörger, Pierre (2013) The Legality of Weapons Delivery to Syrian Rebels under International and European Law. Bofaxe Nr 426E, 11.4.2013

[33] Siehe Asseburg & Wimmen 2012 a.a.O.

[34] Laut *Spiegel Online* (Benjamin Bidder, ‚Waffen für Syrien. So rüstet Russland Assads Flugabwehr auf'. http://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenlieferungen-wie-russland-assads-flugabwehr-aufruestet-a-841413.html) soll allein in 2012 Militär-Hardware im Wert von 500 Millionen Dollar verschifft werden. Zu Iran: Siehe FOCUS Online: http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/syrien/tid-26869/hinweise-auf-iranische-hilfe-fuer-assad-schickt-der-iran-elite-kaempfer-nach-syrien_aid_796936.html vom 9.8.2012

[35] Gutterman, Steve und Solomon, Erika (2013) Syria peace conference already hitting snags – Russia. Reuters, 11. Mai 2013.

[36] Diese Erdöl-bezogenen Sanktionen gelten seit Mitte April 2013 nicht mehr für die Opposition. (http://www.tagesschau.de/ausland/euaussenminister-syrien100.html)

Einreiseverbote für bestimmte PolitikerInnen des Regimes und das bereits erwähnte Waffenembargo. [37] Ähnliche Sanktionen verhängte die Arabische Liga.

Im UN-Sicherheitsrat scheiterten drei Male Resolutionen zu Syrien am Widerstand Russlands und Chinas; allein die Entsendung der Beobachtermission und die Unterstützung von Kofi Annans Friedensplan trafen den Konsens aller ständigen Mitglieder.

Welche Wirkungen die Sanktionen haben, ist angesichts des Krieges schwer zu beurteilen. Deutlich sind auf jeden Fall steigende Preise und wachsende Armut der Bevölkerung.[38]

Vermittlungsbemühungen

Der Friedensplan des Sondervermittlers der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Kofi Annan, scheiterte Mitte 2012, und Annan erklärte frustriert seinen Rückzug. Er wurde ersetzt durch Lakhdar Brahimi. Auch eine 300-Kopf starke UN-Beobachtermission (UNSMIS – UN Supervision Mission in Syria) wurde in der dritten Augustwoche 2012 beendet.[39]

Im Mai 2013 wurde eine neue Initiative angekündigt: USA und Russland haben gemeinsam anlässlich eines Besuches von Außenminister Kerry und Treffen mit dem russischen Außenminister Lawrow in Russland Anfang Mai eine Friedenskonferenz vorgeschlagen, die in Genf stattfinden soll. Aber schon jetzt gibt es Uneinigkeit darüber, wer die Opposition vertreten solle[40]: die Syrian National Coalition, das neue, international von vielen Staaten anerkannte Dach der Opposition[41], das formal den Syrian National Council, der als zu zerstritten galt, in dieser Rolle abgelöst hat, obwohl der SNC weiter eine führende Rolle in der Koalition spielt[42] oder auch andere Gruppen wie der National Coordinating Body[43]. Auch wurde – wie schon früher immer wieder – die Frage aufgeworfen, ob der Rücktritt Assads die Vorbedingung für ein solches Treffen sein solle, wie die Opposition fordert. Russland und die USA scheinen sich einig, keine solche Vorbedingung zu formulieren.

Humanitäre Hilfe

Die Situation der Vertriebenen und Flüchtlinge in Syrien und in den angrenzenden Ländern ist äußerst schlecht. In Syrien sind viele Vertriebene bei Verwandten oder in behelfsmäßigen Unterkünften untergekommen; Gedränge, Mangel an sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen werden von solchen Unterkünften berichtet.[44] Die Situation in den Lagern in den

---

[37] Quelle: Wirtschaftskammer Oberösterreich (2013) Aktueller Stand der Sanktionen gegen Syrien. 23. April 2013. http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=632736&dstid=0

[38] Leukefeld, Karin (2013) Das Agrarland Syrien, die Wirkung der Sanktionen und die ‚Geberkonferenz' in Kuwait'. www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/agrar.html; Deutschlandradio vom 4.8.2012 (http://www.dradio.de/aktuell/1829581/).

[39] www.un.org/

[40] Gutterman & Solomon a,a.O.

[41] Die *National Coalition for Syrian Revolutionary and Opposition Forces* wurde am 11. November 2012 gegründet und sollte eine inklusivere Führung der Opposition als der Syrian National Council darstellen. Sie wurde inzwischen von über 100 Staaten anerkannt; allerdings nicht von Russland, dem Iran und China. Ein Großteil ihrer Führung befindet sich im Ausland; Mitglieder sind u.a. der SNC und die Local Co-ordination Committees (LCC). Der erste Präsident der Koalition, Moaz Al-Khatib, ein sunnitischer Geistlicher, trat im März 2013 aus Protest gegen die Einflussnahme aus dem Ausland zurück. Er wurde ersetzt durch George Sabra, dem Präsidenten des SNC. Siehe BBC (2013) Guide to the Syrian Opposition, updated 23.4.2013, http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-15798218

[42] Der *Syrian National Council (SNC)* wurde im Oktober 2011 gegründet und derzeit von George Sabra, einem Christen und linken Dissidenten geführt, ist aber mehrheitlich sunnitisch. (s. BBC 2013 a.a.O).

[43] Der *National Syrian Co-ordinating Body (NCC)*, gegründet im September 2011, ist ein Zusammenschluss von 13 linken Parteien und unabhängigen AktivistInnen, die sich vorwiegend in Syrien, nicht im Ausland aufhalten. Er wendet sich gegen den bewaffneten Aufstand und gegen eine Militärintervention von außen und ist bereit, auch mit dem Assad-Regime zu reden; lehnte aber eine Teilnahme an der „Initiative des nationalen Dialogs", die von Assad verkündet wurde, ab(s. BBC 2013 a.a.O).

[44] OCHA (2013) Humanitarian Bulletin Syria, No 24, 23 April – 6 May 2013.

Nachbarländern ist ebenfalls nicht gut und droht, die Gastländer, die selbst unter Inflation und Arbeitslosigkeit leiden, zu überfordern. 76% der Flüchtlinge halten sich außerhalb von Flüchtlingslagern auf, aber auch für sie ist es zunehmend schwer, Wohnung und Einkommen zu finden.[45]

In Deutschland halten sich bislang nur wenige Flüchtlinge aus Syrien auf. Im März 2013 gab der Bundesinnenminister bekannt, dass Deutschland bis zu 5.000 zusätzliche Flüchtlinge (ab Juni 3.000, ab Herbst dann noch weitere 2.000) aufnehmen werde, wobei es sich um ‚besonders schutzbedürftige' Personengruppen – Familien mit Kindern, unbegleitete Kinder, Angehörige von Minderheiten - aus den angrenzenden Ländern handeln solle.[46] Eine Betonung auf Angehörigen der christlichen Minderheit als ‚besonders Schutzbedürftige' hat den Eindruck erweckt, dass vor allem Christen aufgenommen werden sollten.

Humanitäre Hilfe für die Vertriebenen und Flüchtlinge wird von vielen Organisationen, internationalen (UNHCR, World Food Program, UNICEF, UNRWA, UNFPA)[47], einzelstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen geleistet. UN-Konvois versorgen Bedürftige innerhalb Syriens über Konfliktlinien hinweg[48]; Nichtregierungsorganisationens haben Zugang zumindest zu den Grenzgebieten, die nicht mehr unter Kontrolle des Regimes stehen. In Deutschland wurde ein Bündnis „Entwicklung Hilft" gegründet, dessen Mitgliedsorganisationen medico international, Misereor, terre des hommes und Welthungerhilfe in Syrien, an der türkisch-syrischen Grenze und in den Nachbarländern Jordanien, Libanon und Irak aktiv sind, und sich auch mit politischen Forderungen an die Bundesregierung zu Wort gemeldet haben.[49]

Was jetzt getan werden kann

Vorschläge, die auf eine Lösung abzielen, die allen Parteien und Interessengruppen in Syrien eine Perspektive bietet und die verhindern würden, dass Syrien in ethnisch-konfessionelle Teile und/oder in Gebiete zerbricht, die entweder von der Regierung oder der Opposition kontrolliert werden, liegen schon seit langem auf dem Tisch. Die Zeit kann nicht mehr zurückgedreht werden und eine Rückkehr zu einem gewaltlosen Aufstand scheint illusionär. Ebenso wird es immer unwahrscheinlicher, dass eine der Parteien kurz- oder mittelfristig militärisch siegt, dazu erhalten beide Seiten zu viel militärische Hilfe aus dem Ausland. Deshalb ist das einzige, was bleibt, ein Kompromiss, der dazu führt, dass die Waffen schweigen und der Wiederaufbau beginnen kann.

Die Frage ist, wie erreicht werden kann, dass die Kriegsdynamik gebrochen wird. Es ist die Suche nach dem „Fenster der Gelegenheit", einem Begriff aus der Friedens- und Konfliktforschung, der beschreibt, dass es im Verlauf gewaltförmiger Konflikte gelegentlich Momente gibt, in denen eine Veränderung der Dynamik möglich ist. Solche „Fenster der Gelegenheit" können ganz unterschiedlicher Natur sein. Sie sind oftmals weder planbar noch per se wünschenswert – etwa, dass beide Seiten das Gefühl haben, militärisch keine Fortschritte mehr machen zu können, äußere oder innere Ereignisse wie Naturkatastrophen oder der Tod eines Anführers einer der Parteien, ein Wegfallen oder Umschwenken eines wichtigen auswärtigen Unterstützers oder einer wichtigen Stütze einer der Parteien innerhalb des Landes. Im Falle Syriens scheint ein

[45] Siehe Ocha 2013 a.a.O.

[46] UNHCR (2013) Informationen zu der von der Bundesregierung geplanten Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen. AufnahmeSyrischerFluechtlinge.pdf.

[47] http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=44960&Cr=syria&Cr1=#.UZyOhaLlb7U

[48] S. OCHA 2013 a.a.O.;

[49] Zu diesen Forderungen gehören: Erreichen einer Waffenruhe und verbesserter Zugang für Hilfsorganisationen, wozu massiver Druck auf alle Parteien ausgeübt werden soll; Waffenlieferungen an alle Kriegsparteien unterbinden; die Vereinten Nationen bei ihrer humanitären Arbeit unterstützen; den Flüchtlingen und Vertriebenen im Land und in den Nachbarländern helfen und ihnen die Ausreise zu Verwandten nach Deutschland erleichtern. Quelle: Bündnis Entwicklung Hilft, Humanitäre Hilfe verstärken, politische Blockaden überwinden. Syrien-Appell 07.05.2013

beeinflussbares Element der Punkt der auswärtigen Unterstützung zu sein. Je mehr alle Seiten von solch ausländischer Unterstützung abhängig sind, umso mehr liegt auch die Verantwortung und der Schlüssel zur Beendigung der Gewalt im Ausland.

Die jetzt vorgeschlagene Friedenskonferenz scheint ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Entscheidend ist jetzt, die Parteien vor Ort, aber auch ihre heimlichen und offenen Unterstützer im Ausland – von Saudi-Arabien, der Türkei und Katar auf der einen über EU und die USA bis zu Iran, Russland und China auf der anderen Seite – dazu zu bringen, ihrerseits Druck auszuüben, dass die Konfliktparteien sich auf diese Konferenz einlassen. Die Kriegsparteien im Land sind von diesen Unterstützern weitgehend abhängig; ein Entzug der Unterstützung, bzw. zumindest der militärischen Unterstützung, würde ein solches Fenster der Gelegenheit schaffen. Was gebraucht wird, sind nicht Alliierte, die bedingungslos zu der einen oder anderen Seite stehen, sondern ehrliche Makler, die das Wohl Syriens – das Wohl der syrischen Bevölkerung -, nicht ihre eigenen politisch-strategischen Interessen - in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen.

Weitere Forderungen umfassen folgende Punkte:

- Die Kriegsparteien fordern wir auf, humanitäre Hilfe in alle Regionen zuzulassen, die Menschenrechte und das Kriegsvölkerrecht einzuhalten, ausländische bewaffnete Gruppen des Landes zu verweisen, politische Gefangenen freizulassen und umgehend einen Waffenstillstand umzusetzen.

- Die internationale Gemeinschaft als Ganze fordern wir auf, alles zu unterlassen, was den Krieg weiter anheizen würde, sondern sich für die vorgeschlagene Friedenskonferenz einzusetzen. Außerdem sollte sie erwägen, eine neue vorzugsweise zivile Beobachtungsmission durch Vereinten Nationen und die Arabische Liga zu entsenden, an der auch ein nennenswertes Kontingent von zivilgesellschaftlichen BeobachterInnen beteiligt ist, deren Mitglieder Erfahrung in der zivilen, gewaltfreien Intervention mitbringen.

- Die Bundesregierung fordern wir auf, über das zugesagte Flüchtlingskontingent hinaus unbürokratisch syrischen Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.